

Helmut Kohl auf dem Landesparteitag in Saarbrücken

Kurs halten! Wir sind auf dem richtigen Weg

In diesen Tagen hat der Deutsche Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht diskutiert, und den Sozialdemokraten ist dabei nichts anderes eingefallen, als den wirtschaftlichen Aufschwung so zu kommentieren: Da habt Ihr eben Glück gehabt. Wenn es schlecht gegangen wäre, wäre es natürlich nicht Pech, sondern meine Schuld gewesen; aber so geht das in der Politik häufig. Das stellte Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Landesparteitag der CDU in Saarbrücken am 22. Februar 1986 fest und führte weiter aus:

Wenn Sie die internationalen Statistiken betrachten und einen Vergleich ziehen zu anderen Ländern, und wenn Sie die Kommentare dazu lesen, dann werden Sie schnell feststellen: Überall ist davon die Rede, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem wirtschaftlichen Wachstum wieder eine Spitzenposition in der Welt einnimmt. Vor ungefähr zwei Monaten habe ich zu meinem angenehmen Erstauen in einer großen österreichischen Tageszeitung ein Interview mit dem österreichischen Finanzminister gelesen. Da hat dieser Minister, ein führender Sozialdemokrat in unserem Nachbarland, im einzelnen vorgetragen, was in Österreich eigentlich alles geschehen müßte, und dann erklärt:

Wir müssen uns ein Beispiel nehmen an der erfolgreichen Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter der Führung von Helmut Kohl. So sehen uns unsere Nachbarn.

HEUTE LESEN SIE

- **SCHILY-ANZEIGE**
Eine einstudierte Aufführung / Politischer Rufmord unter Vortäuschung des Rechtsweges. Seite 5
- **BILDUNG**
Der Berufsbildungsbericht ist ein Beispiel erfolgreicher Regierungspolitik. Seite 13
- **MENSCHENRECHTE**
Südafrika muß die politische und soziale Rassendiskriminierung überwinden. Seite 14
- **„CDU EXTRA“**
Für nur sechs Pfennig können CDU-Verbände die neue Zeitung der Bundesgeschäftsstelle beziehen und verteilen.
Näheres auf Seite 21
- **ÖA**
Vorstellung neuer Materialien zur Familienpolitik und Hinweis auf die Wandzeitung „Jetzt ist Deutschlands Wirtschaft am Ball“.
Seite 22 bis 24
- **DOKUMENTATION**
Recht sichert Freiheit / Eine Zusammenfassung von Referaten auf dem rechtspolitischen Kongreß der CDU/CSU in Karlsruhe.
Grüner Teil

Wir haben für genug Lehrstellen gesorgt

In diesem Jahr drängt wahrscheinlich zum vorletzten Mal ein geburtenstarker Jahrgang ins Arbeitsleben. Sie alle kennen die demographische Entwicklung, die steil nach unten zeigt. Wir werden uns schon in wenigen Jahren mit Wehmut daran erinnern, wie das war, als wir noch mit großen Anstrengungen Ausbildungsplätze gesucht haben, weil uns dann nämlich Lehrlinge fehlen werden.

Wenn ich über Lehrlinge und Ausbildungsplätze rede, will ich auch hier an der Saar allen denen danken, die meinem Appell gefolgt sind, nicht auf die sozialistische Art den Leuten kurzerhand staatliche Weisungen erteilen zu wollen und mit neuen Steuern und Abgaben Druck auszuüben, sondern in einem Pakt freier Bürger für die benötigten Lehrstellen zu sorgen. Ich bin damals viel verspottet worden für diesen Appell an Handwerksmeister, Freiberufler, an den Einzelhandel, an Unternehmer und Betriebsräte. Wir haben jetzt drei Jahre hintereinander Rekordzahlen an Ausbildungsplätzen zu verzeichnen gehabt. Ich finde, das ist eine großartige Leistung!

Für Sozialisten ist das natürlich ein unfaßbarer Vorgang, daß man ohne Gesetz und ohne bürokratische Eingriffe solche Erfolge erreichen kann. Ich habe es damals sehr einfach, für manche vielleicht zu einfach, so formuliert: Ich kann nicht erwarten, daß jemand, der mit 15 Jahren vergeblich einen Ausbildungsplatz gesucht hat und draußen auf der Straße bleiben mußte, dann mit 18 oder 19 Jahren freudig sagt: Ich bin gerne bereit, in der Bundeswehr meinen Dienst zur Verteidigung der Freiheit dieses Landes zu leisten. Er muß doch erst einmal ein positives Bild von seinem Land gewonnen haben, bevor es für ihn selbstverständlich

ist, seine Pflicht gegenüber diesem Land zu erfüllen. Dafür haben wir eine wichtige Voraussetzung geschaffen, und dafür haben wir keine Ausbildungsabgabe und keine neue Steuer gebraucht.

Ebenso wenig denken wir daran, jetzt, da es in der Chemie wieder besser geht, eine „Chemiesteuer“ einzuführen. Oder wenn jetzt die Benzinpreise heruntergehen, was uns allen zugute kommt, dann denken wir ja auch nicht daran, sofort wieder die Steuern zu erhöhen. Die Steuern zu erhöhen — bei roten wie bei schwarzen Zahlen —, das ist stets das erste Rezept der Sozialisten!

Wir sichern die Neutralität des Staates im Arbeitskampf

Über einen besonderen politischen Streitpunkt will ich ganz offen reden, nämlich über die beabsichtigte Neufassung des Paragraphen 116 AFG. Zunächst einmal eine grundsätzliche Bemerkung: Es wird gegenwärtig Unglaubliches über das Verhältnis der Union zu den Gewerkschaften verbreitet, und zwar von bestimmter Seite: nicht von den Gewerkschaften, wie ich gleich betonen möchte, denn es gibt auch führende Gewerkschafter, die sich dafür schämen, was ein Teil ihrer Kollegen unternimmt.

Wir brauchen von niemandem Nachhilfe-Unterricht über unsere Einstellung zu den Gewerkschaften. Wir wissen insbesondere, was wir den Sozialpartnern in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verdanken haben. Wir würdigen die Verdienste jener großen Männer und Frauen aus Wirtschaft und Gewerkschaften, die nach dem Krieg begriffen hatten, daß Klassenkampf ins 19. Jahrhundert zurückführt und keine Zukunft verheißt; die sich zusammaten, häufig auch in gemeinsamen Initiativen gegen die damaligen Besatzungsmächte, und das Land mit aufgebaut haben.

Wir wollen die Tarifautonomie, wir wol-

len das freie Spiel der Kräfte, und dazu gehört der Streik genauso wie die Aussperrung. Niemand will hier irgend etwas einschränken. Nur leben wir heute in einer veränderten Gesellschaft und unter veränderten Produktionsbedingungen. Mit einer geschickten Strategie können die Gewerkschaften, wenn sie wenige Kernbereiche der Industrie bestreiken, ganze Wirtschaftsräume lahmlegen. Man nennt das Minimax-Lösung. Wir haben die Beispiele dafür schon erlebt. Übrigens: Mißbräuche gab es hier nicht allein auf einer Seite. Wie schwierig ist es da für den Staat, strikte Neutralität zu wahren! Doch genau darum geht es uns: um die Neutralität des Staates im Arbeitskampf. Denn die Kasse der Bundesanstalt in Nürnberg dient ausschließlich der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sie ist kein öffentlicher Subventionstopf zur Finanzierung von Streik oder Aussperrung.

Als der Streik damals vorbei war, haben wir gesagt: So kann das nicht weitergehen. Wir haben einen Gutachter bestellt, den langjährigen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, und wir haben eine intensive Diskussion mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern aufgenommen. Wir haben immer gesagt, wir seien offen für Vorschläge.

Jetzt liegt unser eigener Vorschlag auf dem Tisch, er wird im Parlament beraten. Wir sind natürlich auch jetzt noch dankbar für Verbesserungsvorschläge, aber der DGB hat ja inzwischen schon erklärt, er lehne jede Änderung ab. Er beteiligt sich also nicht mehr an der sachlichen Diskussion.

Und weil soviel Unwahres in dieser Sache gesagt wird, will ich doch daran erinnern, daß unser heutiger Vorschlag erheblich hinter dem zurückbleibt, was 1968 die damalige Regierung der Großen Koalition diskutiert und formuliert hat. Damals, in der Regierung Kurt Georg Kies-

singer, war Willy Brandt Vizekanzler — er hat seinerseits sogar die Vorlage unterschrieben —, damals wie noch heute Vorsitzender der SPD; Justizminister war Gustav Heinemann, der spätere Bundespräsident; Arbeitsminister war Hans Katzer und Innenminister Ernst Benda.

Heute aber muß sich Norbert Blüm wegen unserer Vorlage in der Öffentlichkeit als „Arbeiterfeind“ beschimpfen lassen. Wo sind wir denn eigentlich hingeraten! Ich frage Sie: Wann hat es in diesen Jahren einen Arbeitsminister gegeben, der so selbstverständlich aus der persönlichen Erfahrung eines Arbeiters lebt und fühlen kann wie Norbert Blüm? Das ist kein Mann aus dem sozialistischen Jet-set, der mühsam in einem Seminar für Betriebspsychologie gelernt hat, wie einem Arbeiter zumute ist, der Schicht fährt. Der weiß, wie eine Stechuhr aussieht — nicht, weil er sie im Museum besichtigt, sondern weil er am Fließband gearbeitet hat. Und lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort in eigener Sache sagen: Wer wie ich fast drei Jahre als Stein-schleifer in der BASF gearbeitet hat, um sein Studium zu verdienen, der braucht keinen Nachhilfe-Unterricht von Leuten, die Betriebe nur noch aus der Betriebsbe-sichtigung kennen.

Es geht also um eine vernünftige Lösung zur Sicherung der Neutralität des Staates im Arbeitskampf. Nicht mehr und nicht weniger. Es geschieht wider besseres Wissen, wenn jemand behauptet, das Streikrecht solle abgeschafft werden. Bestimmten Leuten etwa in der IG Metall geht es doch in Wahrheit um die Machtprobe, wer in diesem Staat letztlich entscheidet. In diesem Staat entscheidet der Bürger, der in freier, geheimer und direkter Wahl sein Parlament wählt. Das Parlament wählt den Bundeskanzler und damit mittelbar die Regierung. Die Regierung hat dann, gestützt auf das Vertrauen des Parlaments,

Helmut Kohl: Nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Dienstag vor der CDU/CSU-Fraktion Stellung genommen zu der gegen ihn erstatteten Strafanzeige des Abgeordneten Schily. Vor der Fraktion sagte Kohl, er sehe der Entwicklung mit Gelassenheit entgegen.

Außerdem, so Kohl, werde die publizistische Auseinandersetzung zum Teil wie eine „Schlammschlacht“ geführt. Unter dem Beifall der Abgeordneten sagte Fraktionschef Alfred Dregger dem Regierungschef zu, bei ungerechtfertigten Angriffen könne er sich in der Fraktion geborgen fühlen.

Wie der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Rudolf Seiters, mitteilte, hat Kohl aber ausdrücklich die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens unterstrichen. Er sehe den Ermittlungen „gelassen“ entgegen, fügte der Kanzler hinzu. In einem Interview der Hannoverschen „Neuen Presse“ sagte Kohl, es sei nicht zu übersehen, daß der Grünen-Abgeordnete Otto Schily als Urheber der Anzeige seinem persönlichen Ansehen und seinem Ruf Schaden zufügen wolle.

Dies geschehe nach dem Motto: „Es wird schon etwas hängen bleiben“, erklärte Kohl und fügte hinzu: „Damit soll das politische Klima vergiftet werden, damit sollen Bürger verunsichert werden.“ Er denke jedoch, daß die meisten Bürger diese „üble Strategie“, mit der hier eine Kampagne gegen ihn als Bundeskanzler, Chef einer erfolgreichen Koalitionsregierung und CDU-Vorsitzender betrieben werden solle, „sehr wohl durchschauen und sie nachdrücklich ablehnen“.

An den gegen ihn erhobenen Vorwürfen „ist nun wirklich nichts dran, denn ich habe nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt“.

die Verantwortung auf Zeit, nämlich für eine Legislaturperiode.

Wir sind eine Verfassungspartei, und Bonn ist nicht Weimar. Bei uns wird nicht auf Straßen und Plätzen entschieden, was in der deutschen Politik zu geschehen hat. Wir haben nichts gegen friedliche Demonstrationen. So wie das Recht auf Streik gehört das Recht zur friedlichen Demonstration selbstverständlich zu den Freiheitsrechten der Bürger. Aber die Demonstration ist kein Ersatz für politische Entscheidungen von Verfassungsorganen. Demonstration ja, Diskussion ja, Verbesserungsvorschläge ja, aber niemand soll glauben, daß wir dem Druck von Kundgebungen auf der Straße weichen.



Fraktionschef der SPD in Lüchow zur CDU übergetreten

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion von Lüchow-Dannenberg trat nach 22jähriger Mitgliedschaft aus der SPD aus und wurde Mitglied der CDU. Als Gründe für seinen Schritt nannte er unter anderem „die Abdrift der Partei nach links“, die er vergeblich aufzuhalten versucht habe. Er sei der Überzeugung, daß sich die SPD unter Willy Brandts Führung „nicht mehr als freiheitliche Volkspartei, sondern schon als Kaderpartei“ verstehe.



Schily-Anzeige gegen den Bundeskanzler:

Eine einstudierte Aufführung

Politischer Rufmord unter

Vortäuschung des Rechtsweges

Im Hinblick auf die staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen uneidlicher Falschaussage in der Partei-spendenaffäre hat Kanzleramtsmini-ster Wolfgang Schäuble seine Auffas-sung bekräftigt, daß die in der Straf-anzeige des Grünen-Abgeordneten Ot-to Schily enthaltenen Vorwürfe „halt-los“ seien.

Entgegen der Beschuldigung Schilys, Kohl habe vor dem Parteispendenaus-schuß in Mainz im Juli vergangenen Jah-res wahrheitswidrig die Funktion der Staatsbürgerlichen Vereinigung als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage der Union abgestritten, meinte Schäuble in der jüngsten Ausgabe des Nachrichten-magazins „Der Spiegel“, Kohl habe im Gesamtzusammenhang gesehen keine fal-schen Angaben gemacht.

CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler** hält in der „Welt“ (Montagsausgabe) an seiner Bewertung fest, daß die Strafanzei-ge Schilys gegen Kohl auf einem „absolut konstruierten Vorwurf“ beruhe. Nach Geißler betreibe Schily das Vorwahlge-schäft der SPD.

Der Chef der bayerischen Staatskanzlei, **Edmund Stoiber** (CSU), kritisierte das Vorgehen gegen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in der Parteispendenaffäre. Seines Erachtens sei es „unerhört, was da

gegenwärtig gemacht wird, wie die Staats-anwaltschaft als Mittel der Politik ge-braucht und mißbraucht wird“. Dies wer-fe ein sehr dubioses Bild auf die Praxis der Staatsanwaltschaft.

Auch der CSU-Vorsitzende **Franz Josef Strauß** übte an „einigen Staatsanwalt-schaften“ wegen der Ermittlungsverfah-ren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl Kritik. Es greife die Praxis um sich, auf-grund einer Anzeige in jedem Fall ein Er-mittlungsverfahren einzuleiten, anstatt es bei offenkundig unbegründeten Vorwür-fen von vorneherein niederzuschlagen.

Als „Verunglimpfung der Person“ hat der niedersächsische Ministerpräsident **Ernst Albrecht** (CDU) die Anzeige von Otto Schily gegen Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnet. Im Deutschlandfunk sprach Albrecht am Montag von dem Versuch der Grünen, die politisch Verant-wortlichen persönlich zu verunglimpfen, weil sie an der Politik nichts Nennens-wertes aussetzen könnten. Dies sei Art der politischen Auseinandersetzung, wie er sie „bei den Nazis gekannt“ habe, er-klärte der CDU-Politiker.

Der Historiker **Golo Mann** nannte die Anzeige gegen Kohl eine „Mischung aus Tugend und äußerst scharfer politischer Berechnung“. Sie sei ein „Tugend-Dolch, der in Gift getaucht ist“, sagte Mann in einem Interview mit der „Bild am Sonn-tag“.

Pressestimmen

Schleppnetz gegen Kohl

Der Bundeskanzler ist kraft seines Amtes ein Verfassungsorgan des Bundes. Dies wußten noch die Gründerväter unseres Rechtsstaates und alle Verantwortlichen während der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik nur zu gut. Es sind in der Vergangenheit immer wieder Strafanzeigen gegen Regierungen, auch gegen Regierungschefs, eingegangen, aber frühere Staatsanwälte pflegten noch nach anderen Kriterien zu entscheiden als ihre Nachfahren heute, die vielleicht den „langen Marsch durch die Institutionen“ hinter sich haben. Sie wußten, daß eine Strafanzeige gegen ein Verfassungsorgan zweimal überlegt sein will, wegen der immensen politischen Bedeutung eines solchen formellen Schrittes. Da steckt immer Diffamierungspotential, das die jeweilige Sache, um die es geht, weit übersteigt und überschattet.

Daß dies im Fall der Anzeigen Schilys gegen Kohl anders gehandhabt wird, zeigt für sich schon, in welcher veränderten Umwelt wir leben. Ganz deutlich wird der Hintergrund, wenn man erfährt, daß bestimmte Medien sich mit der Ermittlung gegen Helmut Kohl schon vor das Publikum stellten, noch ehe der Betroffene selber überhaupt von der Staatsanwaltschaft in Koblenz gehört hatten. Legem et circenses. Die Verlautbarung aus Koblenz schließlich Anfang der Woche, man habe „intern beschlossen,“ die Ermittlung gegen den Kanzler einzuleiten, war nur noch ein nachgereichtes Ärgernis zu der schon fünf Tage zuvor in einer TV-Journalistenrunde angekündigten Zielfrage: „Herr Bundeskanzler, werden Sie bei Anklageerhebung zurücktreten?“ Schon jetzt ist klar, daß mit dieser wie

einstudiert wirkenden Aufführung dem Kanzler dieser Republik weniger Gleichheit in der Behandlung widerfährt als jedem anderen Bürger. Er soll, sagen wir es deutlich, unter Forttäuschung des Rechtsweges politisch fertiggemacht werden. Während andere sich vor dem Flick-Ausschuß um deutliche Antworten drückten, hat Kohl immer zugegeben, namens seiner Partei von dem Großkonzern Spenden in Empfang genommen zu haben. Und seine Aussagen in Mainz sind längst durch zweimalige schriftliche Eingaben geradegerückt worden. Warum die Staatsanwaltschaft in Koblenz (die in Bonn hat sich noch nicht gemeldet) aufgrund der Sachlage eine Ermittlung einleitet, die, um Erfolg zu haben, doch „vorsätzliche Begehungsweise“ der von Schily behaupteten Falschaussage nachweisen muß — dies ist angesichts der offenen Aussagen des Kanzlers unerfindlich. Was Otto Schily und Freunde dagegen bezwecken, ist nur zu deutlich: Unter dem Deckmantel heuchlerischer Vergangenheitsbewältigung (Parteispenden) der politische Rufmord an einem „Verfassungsorgan des Bundes“, dem Kanzler. Wundere sich niemand, daß das Vertrauen der Bürger in die Vernunft unserer Demokratie weiter abbröckelt.

Rheinischer Merkur, 22. 2. 1986

Firmen planen mehr Einstellungen

Die Firmen wollen in diesem Jahr mehr Personal neu einstellen als 1985. Dieses geht aus der Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei 14 000 Unternehmen hervor. 22 Prozent der befragten Firmen planen Mehreinstellungen, vor einem Jahr waren es erst 13 Prozent. DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser rechnet jetzt für dieses Jahr mit einer Wachstumsrate von rund vier Prozent nach 2,6 Prozent 1985.

Auszug aus dem Interview mit Ernst Albrecht im „Deutschlandfunk“

Frage: Wie zu hören ist, will die Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen Helmut Kohl heute ermitteln. Der Vorgang ist ja hinreichend bekannt. Bläst Ihnen deswegen der Wind aus Bonn ins Gesicht?

Antwort: *Natürlich hat so etwas politische Wirkung, obwohl es ja zunächst nur Ermittlungen sind. Aber unsere Bevölkerung hat ja eine Tendenz zu glauben, daß dann da etwas nicht in Ordnung wäre. Deshalb hat eine solche Staatsanwaltschaft schon auch eine politische Verantwortung. Sie muß darauf achten, daß sie nicht unnötig eine Persönlichkeit in Schwierigkeiten bringt und den Ruf beeinträchtigt. Was diese Sache angeht, so bin ich sicher, das geht aus wie das Hornberger Schießen. Und ich hoffe, daß das möglichst schnell der Fall ist.*

Frage: Eine Katastrophenstimmung gibt es bei Ihnen noch nicht?

Antwort: *Überhaupt nicht, wir werden die Wahl gewinnen. Und alle Umfragen zeigen es. Und die Politik, die vor einem Jahr uns zwar gewisse Sorgen machte, die ist ja inzwischen in der Bevölkerung geschätzt, sie sieht die Erfolge dieser Politik, so daß wir eigentlich keine Sorgen zu haben brauchen hinsichtlich dieses Wahlausgangs.*

Frage: Und die Ermittlungen gegen Helmut Kohl sind auch keine Wahlkampfbelastung?

Antwort: *Nein, sie sind keine Wahlkampfbelastung. Das wird ja immer gerne versucht zu behaupten. Das ist Teil dieses Spieles. Und ich will das doch mal sagen: In Wahrheit ist das ja ein politischer Kampf, der sich hier vollzieht. Und die Methoden, die die Grünen anwenden, daß man nicht die Politik des Gegners angreift, sondern versucht, die Person zu verun-*

glimpfen, das ist so die Art der politischen Auseinandersetzung, die ich bei den Nazis gekannt habe. Aber in einem demokratischen Staat sollte es das eigentlich nicht geben.

Frage: Geißlers Hinweis auf einen möglichen Blackout des Kanzlers wird von Bonner Parteistrategen für schädlicher gehalten als das Ermittlungsverfahren selbst. Sehen Sie das auch so?

Antwort: *Ach, das halte ich auch für übertrieben. Jeder verwendet mal einen falschen Ausdruck. Und ich habe noch keinen in der Bevölkerung getroffen, der sich deshalb aufgeregt hätte.*

Frage: Und wie erklären Sie Ihren Wählern das Ganze?

Antwort: *Erstens, die Wähler fragen nicht danach. Die fragen nach der Arbeitslosigkeit und wie es wirtschaftlich weitergehen wird. Die fragen nach der Umwelt, die fragen nach der Lösung sozialer Probleme, etwa Pflegebedürftigkeit von alten Menschen. Dieses interessiert die Menschen nur am Rande. Ich halte das für ein künstlich aufgebauschtes Problem. Es ist genau das, was ich sagte: Es ist der Versuch, weil man an der Politik nichts Nennenswertes aussetzen kann, die politisch Verantwortlichen persönlich zu verunglimpfen.*

Das Zitat

„Auf Kosten anderer Leute im Wahlkampf Lokalrunden geben kann jeder!“

Bundeskanzler Helmut Kohl über die nicht eingehaltenen Wahlversprechen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine, SPD

Franke erwartet bessere Lage auf dem Arbeitsmarkt

Besser als erwartet wird sich nach Einschätzung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, 1986 der Arbeitsmarkt entwickeln. Im „Frankfurter Gespräch“ des Hessischen Rundfunks sagte Franke die Entwicklung werde wahrscheinlich besser sein als seine bisherige vorsichtige Einschätzung. Die Zuwachsraten der Wirtschaft würden möglicherweise über drei Prozent hinausgehen und damit auch auf dem Arbeitsmarkt Wirkung erzielen.

Marlene Lenz Präsidentin

Bei der dritten Generalversammlung der Union Christlich Demokratischer Frauen in Luxemburg vom 14. bis 15. Februar 1986 wurde Marlene Lenz, MdEP zur Präsidentin der Frauensektion der EVP-Fraktion gewählt. Dies ist ein großer Erfolg für die langjährige internationale Arbeit, die die Frauen der CDU in allen christdemokratischen Frauenorganisatio-

nen der EG geleistet haben. Marlene Lenz ist die Vorsitzende der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union und war bisher Mitglied des Vorstandes der UCDF. Als Vorsitzende der „Kommission für die Rechte der Frau“ im Europäischen Parlament ist sie für die Aufgabe, die sie jetzt übernommen hat, bestens vorbereitet. Sie wird, wie sie ankündigte, in der nächsten Sitzung des Vorstandes die Grundsätze europäischer Frauenpolitik neu definieren.

Jahn führt Landesverband Braunschweig seit 8 Jahren

Alter und neuer Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Braunschweig ist der Landtagsabgeordnete und Wolfenbütteler Landrat Ernst-Henning Jahn. Er führt den Landesverband seit acht Jahren. Auch seine Stellvertreter Joachim Clemens, Braunschweig, Rudolf Sprung, Goslar sowie Schatzmeister Tibor von Szabolcs, Salzgitter, und Schriftführer Hans-Otto Kieschke, Helmstedt, wurden einmütig bestätigt.

Meinungsaustausch zwischen Kanzler und RCDS

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch trafen sich in Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bundesvorstand des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Der RCDS-Bundesvorsitzende Christoph Brand sowie seine beiden Stellvertreter Jürgen Erbach und Jörg Debatin unterrichteten den CDU-Vorsitzenden dabei auch über ihre Aktion „Offensive für die Bildungspolitik“.

Während des Gesprächs wurde eine Reihe weiterer bildungspolitischer Themen angesprochen. Der RCDS-Bundesvorstand trug seine Vorstellungen für eine Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFÖG) vor und ver-

wies auf die stark gesunkene Quote der nach BAFÖG geförderten Studenten. Besorgt äußerten sich die Gesprächsteilnehmer über die in der Vergangenheit wieder aufgetretenen gewalttätigen Auseinandersetzungen an den deutschen Universitäten. Der Parteivorsitzende versicherte, daß auch in Zukunft Veranstaltungen mit führenden CDU-Politikern an deutschen Hochschulen stattfinden werden. Die Universitäten der Bundesrepublik Deutschland dürften keine demokratiefreien Zonen sein. In diesem Zusammenhang würdigte der Bundeskanzler den engagierten und mutigen Einsatz der Mitglieder des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten.

Unterrichtsmaterialien der GEW zu § 116 sind einseitig, falsch und tendenziös

Der Parlamentarische Staatssekretär Pfeifer hat den Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder, in einem Brief aufgefordert, die in der Tendenz einseitigen, fehler- und lückenhaften „Unterrichtsmaterialien“ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu § 116 AFG zurückzuziehen. Pfeifer bezeichnete es als einen für Eltern und Schüler nicht hinnehmbaren Versuch, die Schule zu politischer Agitation für aktuelle gewerkschaftliche oder politische Positionen des DGB zu mißbrauchen.

Gleichzeitig hat sich Pfeifer zur selben Frage brieflich an die Kultusminister der Länder gewandt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Zu der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Präzisierung des § 116 AFG hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eine als ‚Unterrichtsmaterial‘ bezeichnete Schrift ‚Der § 116 AFG: Der Streit um Streik und Aussperrung‘ vorgelegt, die mir Anlaß ist, mich an Sie zu wenden.

Die Schrift ist darauf angelegt, in den Schulen bewußt einseitig die ‚gewerkschaftliche Sichtweise‘ zu verdeutlichen und dort auch Schüler zu politischen Aktionen zu veranlassen. Schon der Titel ‚Der Streit um Streik und Aussperrung‘ macht deutlich, daß es dem Herausgeber nicht um sachliche Informationen geht: Gegenstand der aktuellen Auseinandersetzung ist nicht das Recht zu Streik und Aussperrung, Gegenstand und Ziel der Gesetzesinitiative der Bundesregierung ist vielmehr ausschließlich die Sicherung

der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen.

In der Schrift sind zudem wesentliche Fakten objektiv unrichtig dargestellt: Die beiden Behauptungen etwa, Kurzarbeitergeld solle ‚kalt ausgesperrten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden‘ und der Regierungsentwurf verstoße gegen geltendes internationales Recht, sind falsch; die Bundesregierung hat sie mehrfach widerlegt.

Die ‚Materialie‘ weist auch gravierende Lücken auf: sie macht die historische Entwicklung dieses Problems ebensowenig erkennbar wie dem Umstand, daß hier ein politischer Diskussionsprozeß im Gang ist, in dem die Beteiligten im Deutschen Bundestag angehört werden und insbesondere die Gewerkschaften wiederholt aufgefordert worden sind, ihre Formulierungsvorschläge in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Diese Offenheit der Bundesregierung für sachdienliche Vorschläge zum Gesetzesvorhaben wird geradezu unterdrückt.

Aus den dargelegten Gründen halte ich die Schrift der GEW für tendenziell einseitig, für fehler- und lückenhaft. Sie ist zumindest objektiv darauf angelegt, die Schule als politisches Agitationsfeld zu mißbrauchen und Schüler als Helfer im politischen Kampf zu gewinnen. Damit ist die Schrift als Grundlage einer ausgewogenen Unterrichtung von Schülern über dieses Gesetzesvorhaben der Bundesregierung schlechthin ungeeignet.

Um jeder Mißdeutung vorzubeugen: Auch nach Auffassung der Bundesregierung sollen in geeigneten Unterrichtsfächern politische Tagesfragen behandelt

und Schüler dabei zur eigenen Urteilsbildung angeleitet werden. Einseitige Unterrichtungen und Indoktrinierung dürfen dabei aber weder Ziel noch Ergebnis sein.

Eltern und Schüler haben ein Anrecht darauf, daß wir gemeinsam schon den Versuch einer einseitigen Information und Erörterung zu dieser arbeitsrechtlichen Gesetzesinitiative in den Schulen entgegneten. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie in geeigneter Weise sicherstellen würden, daß sich die Schüler zutreffend und umfassend informiert ihr eigenes Urteil zu dieser wichtigen politischen Frage bilden können.“

Pressezitat

Lehrer und Recht

Die Lehrgewerkschaft leidet seit ihrer Gründung daran, daß sie von den gestandenen Industriegewerkschaften im DGB nicht so recht für voll genommen wird. Sie hat dies regelmäßig schmerzlich gespürt, wenn sie Unterstützung für ihre Ziele einforderte und gar nicht oder nur halbherzig erhielt. Die Folge ist Streben nach Zuneigung um fast jeden Preis.

Der schlimme Band an Unterrichtsmaterialien, mit dem die Schüler für den gewerkschaftlichen Einheitskampf gegen die Novelle des Neutralitäts-Paragraphen 116 im Unterricht indoktriniert werden sollen, gehört ebenso hierher wie der Aufruf des GEW-Vorsitzenden Wunder, den Unterricht ausfallen zu lassen, um sich an DGB-Demonstrationen zu beteiligen. Dies ist eindeutig Aufruf zum Rechtsbruch. Im vergleichbaren Agitations-Beispiel gegen die NATO-Nachrüstung ist das manchem allzu eifrigen GEW-Anhänger in Lehrerkollegien bereits gerichtlich schmerzhaft klargemacht worden.

Die GEW hindert dies nicht, zu Wiederholungstaten aufzufordern.

Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder hat nun in der ihm eigenen klaren Sprache gegenüber dieser Zeitung dafür gesorgt, daß sich niemand auf einen Verbotsirrtum wird berufen können. Wer Schulstunden streicht, um streiken zu können, wird jedenfalls in diesem Bundesland disziplinarrechtlich belangt werden.

Da hilft auch Wunders nonchalante Formulierung nicht, daß nirgendwo geschrieben stehe, daß das Demonstrationsrecht erst ab 16 Uhr gelte. Denn es steht sehr wohl geschrieben, wie die Rechte und Pflichten von Beamten aussehen, von Lehrern insbesondere im sensiblen Schulbereich allzumal. Und es gibt auch einen Diensteid, an den Mayer-Vorfelder noch einmal erinnert hat. (DIE WELT)

GEW fordert zu Rechtsbruch auf

Als Aufruf zum Rechtsbruch betrachtet der Deutsche Lehrerverband die Aufforderung des Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), am Protesttag des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die beabsichtigte Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes teilzunehmen, wobei Unterrichtsausfall in Kauf genommen werden soll. Man will eindeutig, daß Beamte ihren Diensteid verletzen und die Schule ihre politische Neutralität mißachtet. Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Ernst Kiel, fordert alle Kultusminister und Schulsenatoren auf, dem Beispiel des baden-württembergischen Ministers Mayer-Vorfelder zu folgen, und rechtzeitig in den Kollegien der Schulen für Klarheit über die Rechtslage zu sorgen, damit sich niemand hinterher auf einen Verbotsirrtum berufen kann.

Lösung ist wettbewerbsneutral und sozial verträglich

Zu den vorgesehenen Änderungen beim Ladenschlußgesetz sowie beim Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb geben der Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld), und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, folgende Erklärung ab:

Nach schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, im umstrittenen Bereich der Ladenöffnungszeiten einen Kompromiß zu erzielen, der zugleich wettbewerbsneutral und sozial verträglich ist. Damit ist die vielfach befürchtete Aushöhlung des Ladenschlußrechtes einseitig zu Lasten der kleinen mittelständischen Betriebe und ihrer Arbeitnehmer verhindert worden. In Zukunft kann „die oberste Landesbehörde“ den Verkauf von Waren des täglichen Grundverbrauchs sowie von Geschenkartikeln in der Zeit von 6 bis 22 Uhr bewilligen. Voraussetzung ist zum einen, daß sich die Verkaufsstelle innerhalb einer Anlage befindet, die einen Personenbahnhof mit einem Verkehrsknotenpunkt des Stadtverkehrs verbindet. Ferner setzt die Genehmigung voraus, daß die „Größe der Verkaufsfläche auf das für diesen Zweck erforderliche Maß begrenzt ist“. Für Flughäfen mit internationalem Reiseverkehr ist eine entsprechende Regelung vorgesehen.

Damit ist festzustellen: Der soziale Schutzcharakter des Ladenschlußgesetzes bleibt unangetastet; einer notwendigen Flexibilisierung im eng umgrenzten Bereich von 31 Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern wollen wir uns nicht entgegenstellen.

Die Zustimmung der Union zu den Maßnahmen im Bereich des Ladenschlußgesetzes steht in engem Zusammenhang mit der Übereinkunft bei der Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Wer in Zukunft einige Waren aus seinem Angebot werbemäßig besonders hervorhebt, muß dabei eine mengenmäßige Beschränkung ausschließen. Auch die Werbung mit Preisgegenüberstellungen soll in Zukunft verboten sein.

Zusammen mit einer Reihe von Klärungen im Bereich des Rechtes der Sonderveranstaltungen und der Räumungsverkäufe und zum Rücktrittsrecht bei irreführender Werbung stellt die Lösung auf mehr lauterem Wettbewerb dar. Kleine und mittlere Einzelhandelsunternehmen werden in Zukunft bessere rechtliche Möglichkeiten haben gegen die vielfach beklagten Verkaufsstrategien marktmächtiger Anbieter. Die Koalition hat damit ein ausgewogenes Kompromißpaket geschnürt, für dessen zügige Umsetzung in geltendes Recht die Koalitionsfraktionen nunmehr Sorge tragen müssen.

Satelliten-TV über Kabel in eine Million Haushalte

Eine Million Haushalte in der Bundesrepublik können jetzt Satellitenfernsehen über Kabel empfangen. Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) übergab am Freitag (24. 1. 1986) einem Bürger in Mainz offiziell den millionsten Kabelanschluß. Der Minister sagte, die Post habe ihr Ziel im festgelegten Ausbauprogramm für die Versorgung mit Kabelanschlüssen erreicht.

TA-Luft entscheidend verbessert

Bundesregierung und Bundesrat haben sich über die Neufassung der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ (TA-Luft) geeinigt. Die konsequente Umsetzung der TA-Luft wird, vor allem im Zusammenwirken mit der Großfeuerungsanlagenverordnung, die Luftverunreinigungen erheblich vermindern.

Die TA-Luft, eine allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesemissionschutzgesetz, gilt für alle wichtigen Industriebetriebe, also z. B. für Stahlwerke, Metallhütten, Kokereien, Zementwerke, Chemieanlagen, Raffinerien, kleinere Feuerungsanlagen und geruchsintensive Anlagen, beispielsweise Massentierhaltungen oder Tierkörperbeseitigungsanstalten. Alle bisherigen Vorschriften aus dem Jahr 1974 wurden damit vollständig überarbeitet und neu gefaßt. Der Bundesrat hatte am 18. Oktober 1985 mehr als 70 Änderungen vorgeschlagen, die weitgehend berücksichtigt wurden.

Das sind die wesentlichen Inhalte der neuen TA-Luft:

1. Ein umfassendes Sanierungsprogramm für Altanlagen. Danach müssen bestehende Produktionsanlagen im Regelfall innerhalb von fünf Jahren nachgebessert werden. Altanlagen mit gefährlichen Emissionen haben nur eine Frist von drei Jahren. Industrieanlagen, deren Emissionen nur geringfügig über dem Wert von Neuanlagen liegen, sind innerhalb von acht Jahren nachzurüsten. Hier hatte die Bundesregierung ursprünglich eine Frist von zehn Jahren vorgesehen. Die Frist wurde auf Initiative des Bundesrates verkürzt.
2. Weitere Verschärfungen für krebser-

zeugende Stoffe, Schwermetalle, sowie für organische und anorganische Stoffe. Zum Beispiel sinken die Werte bei Cadmium auf ein Hundertstel der bisher erlaubten Emissionen.

3. Die neue TA-Luft ermöglicht erstmals sogenannte Kompensationsregelungen, die sich auf den gesamten Altanlagenbestand erstrecken. Diese Regelungen schaffen die Möglichkeit, daß bei einzelnen Anlagen von Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung abgesehen werden kann, wenn an einer oder mehreren Anlagen die Emissionsfrachten noch weiter verringert werden. Auch das dient der beschleunigten Entlastung der Luft und der Umwelt.

Bundesregierung und Bundesländer haben gemeinsam eine TA-Luft entwickelt, die die Luftreinhaltung in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verbessern wird. Nach der ersten Novellierung der TA-Luft im Jahre 1983, nach der Großfeuerungsanlagenverordnung und der Einführung des schadstoffarmen Autos ist dies ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr Umweltschutz. Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine Regierung ähnlich viel für die Umweltpolitik getan.

Die Folge der neuen TA-Luft:

Der Gesamtausstoß aller bedeutsamen Luftschadstoffe, insbesondere von Schwermetallen, Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und Staub wird drastisch vermindert werden. Die erforderlichen Investitionen werden sich auf rund zehn Milliarden Mark belaufen. So schafft Umweltschutz auch ohne staatlich gelenkte Investitionsprogramme neue Arbeitsplätze.

Berufsbildungsbericht 1986: ein Beispiel für erfolgreiche Politik

Am 18. Februar 1986 stellte Bildungsminister Dorothee Wilms den Berufsbildungsbericht 1986 vor. Frau Wilms wies dabei unter anderem auf die großen Ausbildungsleistungen der letzten Jahre hin.

In den Jahren 1983 bis 1985 sind über zwei Millionen betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, das waren rund 200 000 mehr als in den drei Jahren zuvor — eine früher nicht für möglich gehaltene Steigerung. Die Wirtschaft selbst gibt für Aus- und Weiterbildung rund 30 Mrd. DM aus.

Es ist in den letzten drei Jahren gelungen, die außerordentlich hohe Nachfrage der Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen weitgehend zu befriedigen. So sind von 756 000 Lehrstellenbewerbern des vergangenen Jahres bis zum 31. Dezember 1985 95 Prozent vermittelt worden; lediglich 38 991 oder 5 Prozent sind ohne Ausbildung geblieben; diese werden in den kommenden Wochen weiter vermittelt werden.

Auch in Zeiten einer sehr viel niedrigeren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen war die „Versorgungsquote“ kaum höher. Eine „100-Prozent-Versorgung“ ist in einer freiheitlichen Gesellschaft im übrigen ein erstrebenswertes Ziel, das aber de facto kaum erreichbar ist. Der Vorwurf der Beschönigung der Ausbildungsplatzsituation durch die Bundesregierung läuft angesichts dieser Tatsachen ins Leere.

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft die Rahmenbedingungen für das

bewährte System der dualen Berufsausbildung sichern; hierauf kann sich die Wirtschaft verlassen.

Die Bundesregierung unternimmt über das Setzen von Rahmenbedingungen hinaus auch große eigene Anstrengungen für die Ausbildung. Der Bund hat die Zahl seiner Ausbildungsplätze in den letzten Jahren um insgesamt 13,5 Prozent gesteigert und wird sie in diesem Jahr mindestens auf dem hohen Niveau des Vorjahres halten. Etwa 32 000 Ausbildungsplätze können so besetzt werden. Die Ausweitung des Benachteiligtenprogramms durch den Bund ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation. Dieses Programm wird 1986 mit 335 Mio. DM ausgestattet (1982: 67 Mio. DM). Das ist ein Zuwachs im Vorjahresvergleich um 31 Prozent. Nach dem Programm wird 1986 die Ausbildung von 23 000 jungen Leuten gefördert, rund 16 500 in überbetrieblichen Einrichtungen und rund 7 000 durch ausbildungsbegleitende Hilfen während einer betrieblichen Berufsausbildung.

In diesem Jahr wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen mit rund 740 000 Bewerbern angenommen. Das ist etwas weniger als 1985, andererseits aber immer noch ein sehr hohes Nachfrageniveau. Besondere Ausbildungsanstrengungen sind vor allem in den Regionen mit bisher unterdurchschnittlichem Ausbildungsplatzangebot erforderlich. Hier müssen zusätzliche Ausbildungskapazitäten erschlossen werden, indem neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen, Ausbildungsverbundsysteme geschaffen und Kooperationen mit überbetrieblichen Einrichtungen verstärkt werden.

Südafrika muß die politische und soziale Rassendiskriminierung überwinden

Die Republik Südafrika wird seit Monaten von schweren Unruhen erschüttert. Sie sind vor allem das Ergebnis der menschenunwürdigen Apartheid. Die Menschenrechte sind nur für die weiße Minderheit Südafrikas gesichert. Die Menschenrechte und die Würde der schwarzen Bevölkerungsmehrheit werden dagegen tagtäglich in schwerster Weise verletzt, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem südafrikanischen Politiker Chief Buthulezi.

Seit 1985 gilt der Ausnahmezustand. Grundrechte, wie die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit oder die Unverletzlichkeit der Person, sind eingeschränkt oder aufgehoben. In südafrikanischen Gefängnissen wird gefoltert. Schwarze Bürger sind willkürlicher Verhaftung ausgesetzt, unliebsame Kritiker des Apartheid-Regimes werden gebannt. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands lehnt jede Form von Rassismus ab. Sie verurteilt die schweren Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze durch die südafrikanische Regierung. Die CDU verlangt von Südafrika die Achtung der Menschenrechte sowie den Abbau und baldmögliche Beseitigung aller sozialen und politischen Rassendiskriminierungen.

Deshalb stellen wir folgende Forderungen:

- Die Aufhebung des Ausnahmezustandes;
- die Einstellung der Zwangsumsiedlungen;

- die Gewährung der Staatsbürgerschaft für alle in Südafrika lebenden Schwarzen;

- Freizügigkeit für alle Bewohner des Landes;

- die Aufhebung der diskriminierenden Paßgesetze, wie vorgeschlagen zum 1. 7. 1986;

- Schaffung der Voraussetzungen für die langfristige Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle Bewohner des Landes;

- Freilassung aller politischer Gefangenen.

Anzustreben ist ein schneller und friedlicher Wandel, der den Interessen aller Beteiligten gerecht werden muß. Anzustreben ist eine gesellschaftliche und politische Ordnung, die von der Zustimmung aller Südafrikaner getragen wird, und in der alle ethnischen Gruppen gerechten Anteil an der Gestaltung der Geschehnisse ihres Landes haben.

Wir anerkennen, daß in Südafrika Bestrebungen im Gange sind, zu mehr politischen Rechten der schwarzen Bevölkerung zu kommen. Dies unterscheidet Südafrika von anderen Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden, zum Beispiel Chile, Nicaragua, Kuba, Sowjetunion und Afghanistan.

Die CDU begrüßt, daß Staatspräsident Botha die Apartheid als „veraltetes Konzept“ betrachtet und unterstützt den eingeleiteten Reformprozeß in Südafrika. Botha kündigte Ende Januar 1986 für das kommende Halbjahr weitere Reformen an, darunter die Abschaffung der „Paßgesetze“ zum 1. Juli 1986, die Zuerkennung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft an alle Schwarzen, auch an die in den

„unabhängigen“ homelands, die Umstrukturierung des „Presidents Council“, um auch den Politikern der schwarzen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit für die Teilnahme zu geben und die Schaffung eines nationalen Verfassungsrates („Statutory Council“), in dem sowohl Vertreter der südafrikanischen Regierung, Vertreter der sich selbst regierenden „nationalen Staaten“ (homelands) und Führer anderer schwarzer Einheiten und Interessengruppen zusammentreten sollen.

Die Willenserklärung Bothas ist zu begrüßen, ihr müssen jedoch Taten folgen. Wir wissen, dieser Wandel kann nicht von heute auf morgen erfolgen: aber Eile tut Not, wenn eine Katastrophe verhindert werden soll.

Wir haben aber auch Verständnis für die Sorgen der Weißen um die Zukunft des Landes bei einer Umkehrung der Machtverhältnisse und für die Angst vor dem Verlust ihrer Heimat. Diese Sorgen muß man ernst nehmen und die Angst muß man abbauen, wenn man dem Reformprozeß, der durch radikale Kräfte von links und rechts angefeindet wird, eine Chance geben will. Wir lehnen wirtschaftliche Boykottmaßnahmen ab und setzen auf eine Politik des Dialogs, um die Regierung in Südafrika zur Aufgabe der Rassentrennung zu bewegen. Wir wollen nicht, daß ein weißer Rassismus durch ein System des schwarzen Rassismus abgelöst wird. Wir wollen ein demokratisches Südafrika.

Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der berechtigten Interessen der schwarzen Bevölkerung ist der falsche Weg. Zur friedlichen Entwicklung gibt es keine sinnvolle Alternative. Deshalb unterstützen wir die Politik des Chef-Ministers von KwaZulu und Führers der Inkatha, Mangosuthu Gatsha Buthelezi. Die Inkatha ist der Gewaltlosigkeit verpflichtet.

Sie will den Übergang vom Apartheid-Staat zur rassenlosen Demokratie mit Verhandlungen und nicht durch Terror erreichen. Dieser Weg, den auch andere Gruppen in Südafrika eingeschlagen haben, sollte von allen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werden. Unter den demokratischen Parteien sollte Einigkeit bestehen, daß die Südafrikaner nur miteinander und nicht gegeneinander ihr Land weiter aufbauen und verhindern können, daß es ins Chaos absinkt.

Revolutionäre marxistische Gruppen bieten keine Gewähr für einen friedlichen Wandel und eine friedliche Zukunft Südafrikas. Der marxistische Sozialismus hat den afrikanischen Staaten nicht die Freiheit gebracht, sondern neue Abhängigkeit und Fremdherrschaft. Die Sowjetunion und Kuba sind die Imperialisten des zwanzigsten Jahrhunderts in Afrika. Die Marxisten sind nicht bereit und auf Grund ihrer Ideologie auch nicht in der Lage, eine pluralistische Demokratie zu tolerieren. Sobald sie die Möglichkeit dazu haben, ergreifen sie selbst die totale Macht und unterdrücken und verfolgen gewaltsam die Opposition. Nicaragua ist das Beispiel dafür.

Aus Anlaß des Besuches von Chief Buthelezi legt die CDU eine Dokumentation über die Menschenrechtsverletzungen in Südafrika vor. Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, vor allem die demokratischen Parteien, die Kirchen und die Medien, sich mit uns gegen die Verletzungen der fundamentalen Rechte der nichtweißen Bevölkerung Südafrikas zu wenden und konsequent für den möglichst raschen Abbau aller sozialen und politischen Rassendiskriminierungen einzutreten. Das System der Apartheid muß ein Ende haben.

Oberste Richtschnur unseres Handelns muß immer die Würde des Menschen sein

Leitsätze zu rechtsethischen und rechtspolitischen Fragen der Fortpflanzungsmedizin hat der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Justizminister Heinz Eyrich, in Bonn vorgestellt und in einer Pressekonferenz u. a. erklärt:

„Die moderne Biologie und Medizin haben die Möglichkeit eröffnet, menschliches Leben ohne natürlichen Zeugungsvorgang innerhalb und außerhalb des Mutterleibes entstehen zu lassen. Diese neuen Verfahren können die Erfüllung eines Lebenswunsches nach einem Kind ermöglichen. Dieser Wunsch rechtfertigt indes nicht jede Manipulation bei Zeugung und Schwangerschaft. Ethische und rechtliche Grenzen sind zu beachten. Die Entscheidung ist an der Würde des Menschen, an der Achtung vor dem Leben und dem Schutz von Ehe und Familie sowie dem Wohl des Kindes auszurichten.“

Diese Leitsätze sind nach intensiver Vorbereitung, unter Beteiligung von Persönlichkeiten aus Rechtswissenschaft, Justiz, Theologie und Medizin von der BACDJ-Fachkommission „Biotechnologie und Recht“ erarbeitet und von der Mitgliederversammlung des BACDJ einstimmig verabschiedet worden.

Die in den Leitsätzen behandelten Probleme waren auch Diskussionsthema des 4. Rechtspolitischen Kongresses von CDU und CSU am 24./25. Januar 1986 in Karlsruhe.

Kommissionsarbeit, Kongreß und schließlich die in den Leitsätzen festgeschriebenen Grundaussagen zeigen, welch überragende Bedeutung CDU und

CSU den sich aus dem technologischen Fortschritt ergebenden Zielkonflikten beimißt.

Die Leitsätze basieren auf folgenden Eckpfeilern christlich-demokratischer Politik:

① Die Union stellt in den Mittelpunkt ihrer Aussagen das Wohl des Kindes sowie den Schutz von Ehe und Familie.

Das Recht des Kindes auf die eigene Familie darf nicht durch technische Eingriffe verletzt werden.

Familie ist mehr als nur eine soziale Gruppe oder ein Personenkreis mit gleicher Abstammung. Zur Familie (unter Einbeziehung des nicht-ehelichen Kindes) gehört wesentlich die leibliche und soziale Identität.

② Für CDU und CSU entsteht menschliches Leben mit der Verschmelzung von Eizelle und Samenzelle. Menschenwürde und Achtung vor dem Leben gebieten den Schutz durch die Rechtsordnung von diesem Zeitpunkt an.

③ Die Anwendung der Fortpflanzungsmedizin ist grundsätzlich nur im homologen System (Verwendung der Keimzellen von Ehepartnern) zulässig. Ausnahmen sind nur bei außerordentlich gelagerten Einzelfällen denkbar.

④ Embryonen dürfen durch extrakorporale Befruchtung nur zur Überwindung einer individuellen Unfruchtbarkeit (Sterilitätstherapie) erzeugt werden. Es dürfen nur so viele Eizellen befruchtet werden, wie zur Erzeugung einer Schwangerschaft unverzüglich übertragen werden. Insbesondere dürfen menschliche Eizellen nicht in der Absicht befruchtet werden, den so entstehenden Embryo für Forschungszwecke zu verwenden.

Rentenkassen haben sich wieder gefüllt

Bundesarbeitsminister Blüm sagte auf dem 2. bundesweiten Rentnerkongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in Leverkusen gleich mehrmals, um die „beste Nachricht“ auch bis zum letzten der rund 500 Delegierten durchdringen zu lassen: „Die Kassen der Rentenversicherung füllen sich wieder, die Monatsrücklage konnte erstmals seit 1973 wieder aus eigener Kraft aufgestockt werden.“ Der stellvertretende DAG-Bundesvorsitzende Quartier ergänzte: „Unserer Überzeugung nach sind in der Rentenversicherung mittelfristig keine Probleme mehr zu erwarten.“ Mit dieser Gewißheit könne man nun darangehen, eine langfristige Strukturreform angstfrei durchzuführen.

„Kein Rentner braucht Angst davor zu haben, künftig seine Rente nicht pünktlich ausgezahlt zu bekommen“, betonte Quartier.

Eindeutig sprachen sich Blüm, Quartier und der Präsident der Bundesversiche-

.....

⑤ Verbrauchende wissenschaftliche Forschungen an menschlichen Embryonen sind abzulehnen. Es bleibt allenfalls zu erwägen, ob solche Forschung dann vertretbar sein kann, wenn sie an Embryonen vorgenommen wird, die keine Lebenschance haben, und wenn diese Forschung in entscheidender Weise dem Leben anderer zu dienen vermag.

Zu beachten ist in diesem Kontext, daß die wissenschaftliche Entwicklung die Erzeugung überzähliger Embryonen in zunehmenden Maße unnötig macht.

Der BACDJ wird zu den weiteren Fragestellungen der Biotechnologie, insbesondere zur Gentechnologie am Menschen, ebenfalls Leitsätze erarbeiten.

rungsanstalt für Angestellte, Hoffmann, gegen die Einführung der sogenannten Maschinensteuer sowie gegen eine Grund- oder Mindestrente aus. Blüm: „Die Rente muß ihre Lohnersatzfunktion behalten; sie darf kein Geschenk werden. Wer 40 Jahre lang in die Kasse einbezahlt hat, der muß später auch mehr Rente bekommen als einer, der nur 15 Jahre gezahlt hat“. Auch Quartier betonte, die Rente müsse beitragsbezogen bleiben; eine Rente, die sich am Bedarf orientiere, lehne die DAG eindeutig ab.

Wehner kritisiert SPD-Führungsspitze

Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner hat nach Ansicht der CDU/CSU mit seiner Kritik an führenden Sozialdemokraten die politische und personelle Lage seiner Partei zutreffend beschrieben. Wehner sei zwar stets ein umstrittener Politiker gewesen, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Seiters, eine überragende Fähigkeit zur politischen Analyse könne ihm jedoch niemand absprechen.

Wehner hatte sich vor einem Jahr in einem Interview, das in einem demnächst erscheinenden Buch verwertet wird, unter anderem kritisch über den SPD-Vorsitzenden Brandt und SPD-Fraktionschef Vogel geäußert. Über den inzwischen zum Kanzlerkandidaten nominierten Johannes Rau sagte Wehner, „Das ist zwar ein Mann, der in diesem großen Parteibeereich Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielt, aber sonst in Wirklichkeit nichts von sich gibt“.

Seiters meinte, in Wehners Einschätzung komme Rau am schlimmsten weg. Daß diese Passage des Wehner-Interviews nach Veröffentlichung später zurückgenommen worden sei, bedürfe denn auch keines weiteren Kommentars.

Mit Zuversicht in die Landtagswahl

Vertrauensbeweis für Wilfried Hasselmann

Die niedersächsische CDU hat auf einem Landesparteitag am 21./22. 2. 1986 in Hannover einstimmig ein Wahlprogramm für die Landtagswahl am 15. Juni verabschiedet. Der von 540 Delegierten bei 26 Neinstimmen und 12 Enthaltungen wiedergewählte Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann forderte, ebenso wie Ministerpräsident Albrecht, die Delegierten zu erhöhten Anstrengungen im Wahlkampf auf, damit die CDU für weitere vier Jahre regieren könne.

Wiedergewählt wurden als Stellvertreter Hasselmanns: die Bundestagsabgeordnete Ursula Benedix-Engler und Rudolf Seiters sowie Sozialminister Schnipkowitz. Unter den 18 Besitzern des Landesvorstands sind diesmal vier gegenüber bisher drei Frauen vertreten.

In seinem Rechenschaftsbericht beschäftigte sich Hasselmann fast nur mit der SPD. Hasselmann nannte den Spitzenkandidaten der SPD, Gerhard Schröder, einen „Spitzenkandidatenvolontär“, der „während seiner Volontärzeit gezeigt hat zu welchen Fehlern er fähig ist“.

„Ich sehe weit und breit keine regierungsfähige Alternative zu unserer Politik in Niedersachsen.“ Mit diesen Worten rief Ministerpräsident Albrecht die niedersächsischen Bürger auf, der CDU bei der Landtagswahl am 15. Juni wieder zur absoluten Mehrheit zu verhelfen wie 1978 und 1982. Dabei rechtfertigte Albrecht den Anspruch auf einen abermaligen Vertrauensbeweis damit, daß es der CDU in der Zeit ihrer nun zehnjährigen Regierungsverantwortung gelungen sei, Nie-

dersachsen zu einem „modernem, aber menschlichen Land“ zu machen.

Der Regierungschef warb um die Unterstützung aller bei der Zukunftsgestaltung. Die CDU habe viel erreicht, sagte er unter Hinweis auf die positive Entwicklung der einst strukturschwachen Niedersachsen zum norddeutschen „Aufsteiger- und Forschungsland“.

Der Politik der SPD mangle es an „Klarheit, Verständlichkeit und Verlässlichkeit“. Wer wisse schon zu sagen, ob die SPD für die Friedenssicherung mit militärischem Gleichgewicht oder gegen sie sei, ob sie für oder gegen die Kernenergie, ob sie für den Aufbau der modernen Technologie eintrete oder noch immer technikfeindlich sei. Man wisse ja nicht einmal, ob die SPD für die Zusammenarbeit mit den Grünen sei oder dagegen. Sie wechsle ihre Ansichten, je nach Spitzenkandidat, von Woche zu Woche.

Als Schwerpunkte seiner Politik nannte Albrecht die Sicherung von Arbeit und Einkommen den Schutz und die Pflege der Umwelt, das Bemühen um mehr Menschlichkeit in Staat, Verwaltung und Gesellschaft. Der Abbau der Arbeitslosigkeit, jener bedrückendsten, von SPD-Regierungen hinterlassenen Hypothek, müsse weiterhin Vorrang haben. In Niedersachsen — als dem einzigen Land in Norddeutschland — sei die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten gegenüber denen des Vorjahres schon gesunken.

PS: Einen ausführlichen Bericht über den Parteitag erhalten unsere niedersächsischen Leser im nächsten Uid und zwar im gelben Teil.

Peter Jacoby mit großer Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt

Die CDU Saar hat einen neuen Vorsitzenden: Peter Jacoby (34), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, wurde beim außerordentlichen Landesparteitag mit großer Mehrheit als Nachfolger des verstorbenen Werner Scherer gewählt. Neuer Stellvertreter ist der frühere Finanzminister des Saarlandes, Edmund Hein.

Der neue Landesvorsitzende brachte die Erwartungen in der CDU Saar auf den Punkt: „Die CDU als große Volkspartei an der Saar mit über 30 000 Mitgliedern aus allen sozialen Schichten der Bevölkerung soll wieder Tritt fassen und eine landesweite Offensive zugunsten unserer gemeinsamen politischen Sache einleiten.“ Klar und deutlich äußerte Jacoby seine Vorstellungen von moderner Parteiarbeit. Sie spiele sich nicht in erster Linie in verrauchten Nebenräumen von Gasthäusern ab; moderne Parteiarbeit wolle vielmehr eine Brücke schlagen von den Zirkeln der Partei hin zu der betroffenen Bevölkerung. Gerade als Oppositionspartei müsse die CDU Saar bereit sein, den Blick unter die Oberfläche tagespolitischer Geschäftigkeit zu richten.

Kritisch ging Jacoby auf Verhaltensweisen in der Vergangenheit ein: „Mittlerweile haben wir die Macht verloren, vielleicht gerade deshalb, weil wir vielfach nicht mehr zugehört haben, weil wir arrogant, selbstzufrieden und wenig sensibel waren, wenn es darum ging, und hierum geht es auch heute, neue Bewußtseinlagen der Menschen, neue Strömungen und Geisteshaltungen, neue Lebensgewohnheiten in der Gesellschaft mit der entsprechenden Empfindsamkeit aufzunehmen.“



Peter Jacoby ist 34 Jahre, Dipl.-Soziologe und seit 1969 Mitglied der Jungen Union und der CDU. 1980 wurde er in den saarländischen Landtag gewählt und ist seit 1985 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion.

Peter Jacoby plädierte für eine „Industriegesellschaft mit menschlichem Gesicht, einer Gesellschaft — und hieraus ergibt sich der unmittelbare Bezug zur Landespolitik — mit einer breit gestreuten mittelständischen Ordnung; einer Gesellschaft, in der es auch kleine, dafür aber menschengerechte Krankenhäuser gibt, in der die wohnort- und familiennahe Schule Bestand hat, in der das dörfliche Gemeinschaftsleben, die Stadtteilkulturen, kurzum all die Strukturen gefördert und aufrechterhalten werden, die etwas zu tun haben mit dem menschlichen Maß, um das es gerade heutzutage geht.“

In diesem Zusammenhang übte der neue Landesvorsitzende der CDU Saar scharfe Kritik an der SPD-Landesregierung, die „in Eiferermanier mit fragwürdigen Methoden eine Gesamtschulkonzeption durchpauken will“, die dazu führen wird, daß eine Fülle wohnort- und familiennaher Schulen geschlossen werden muß. Auch die wohnort- und bürgernahe Krankenhausversorgung ist seit der Regierungsübernahme Lafontaines bedroht. Jacoby sprach in diesem Zusammenhang von einer doppelten Moral der Politik Lafontaines. Er betonte, daß er sich der Auseinandersetzung mit Lafontaine stelle.

Zu den wichtigsten Aufgaben in der Frühphase des Bundestagswahlkampfes gehört es nach Auffassung des neuen CDU-Landesvorsitzenden, „die politische Arbeit der Bundesregierung wirkungsvoll an den Mann zu bringen — vor den Betrieben, auf Straßen und Plätzen, in der Öffentlichkeit.“

Der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, sicherte der CDU Saar Unterstützung und Solidarität von seiten der Bundespartei zu. Nach einem Zusammentreffen mit Betriebsratsmitgliedern von ARBED Saarstahl sagte er im Rahmen seiner Möglichkeiten Hilfe bei der endgültigen Sanierung des Unternehmens zu.

In seiner eineinhalbstündigen Rede ging der Bundeskanzler auf Fortschritte in der Außen- und Sicherheitspolitik, die Erfolge der Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik, auf die Neuregelungen in der Familienpolitik, die Millionen zugute kommen, das große Steuerpaket und die Verbesserung der Chancen der jungen Generation ein. Er ermutigte die saarländischen Christdemokraten, die Auseinandersetzung mit der SPD-Landesregierung offensiv zu führen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß es auch bun-

desweit gelungen sei, dank engagierter Arbeit aus der Opposition wieder an die Regierung zu gelangen.

Im außenpolitischen Part seiner Rede wies Bundeskanzler Helmut Kohl auf die Chancen und Möglichkeiten der europäischen Einigung hin, wozu das Saarland in besonderem Maße beitragen könne.

Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Albrecht Feibel hatte den Parteitag mit dem Appell eröffnet, die CDU Saar möge ein neues Selbstverständnis aus der Oppositionsrolle heraus entwickeln. Feibel unterstrich den Anspruch, der christlichen Soziallehre in der Politik Rechnung zu tragen. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Günther Schwarz, übte scharfe Kritik an der SPD-geführten Landesregierung. Er warf ihr Wortbrüche, Worthülsen und Bürgerferne vor.

Der 37. Landesparteitag hat deutlich gemacht, daß die saarländische CDU wieder Tritt gefaßt hat. Die Wahl des neuen Landesvorsitzenden hat der Partei neue Perspektiven eröffnet. Eine zuversichtliche Aufbruchstimmung war in den Reihen der Delegierten deutlich spürbar.

CDU-Führung traf sich mit Vertretern der DC

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 24. Februar 1986 in Bonn eine Delegation der Democrazia Christiana unter Leitung ihres Präsidenten Flaminio Piccoli zu einem zweistündigen Gespräch empfangen. Die Politiker begrüßten die gute Zusammenarbeit zwischen den Parteien, die in Zukunft durch regelmäßige Treffen zwischen den Parlamentsfraktionen und den Parteiführungen weiter ausgebaut werden soll. Es wurde eine große Übereinstimmung in den Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den beiden führenden christlich demokratischen Parteien Europas festgestellt.



**Wir
lieben
Kinder**

Seite 3



**WM in
Mexiko**
Preisausschreiben
für alle Fußballfreunde

Seite 4

**Die stabile D-Mark
macht den Auslands-
Urlaub billiger**

Seite 4

**Weiter auf
Erfolgskurs**

**mit
Helmut
Kohl**



Seite 2 und 4

**Stabile DM
Mehr Arbeit
Mehr in
der Lohntüte**

**CDU
extra**

In gut drei Jahren hat die Regierung Helmut Kohl dafür gesorgt, daß in Deutschland die Wirtschaft wieder floriert. Die Bürger blicken voller Vertrauen in die Zukunft.

**Ja jetzt geht's
voran!**

Erfolgskurs in die Zukunft

CDU extra

Stabile DM, mehr Arbeit und mehr in der Lohntüte bedeuten, es geht voran. Die Bundesbürger blicken wieder voller Vertrauen in die Zukunft und bestätigen dadurch den Erfolg der Regierung Helmut Kohl.

Auf vier Seiten geht es in dem neuen „CDU extra“ insbesondere um die erfolgreiche Wirtschafts- und Familienpolitik. Helmut Kohl, Heiner Geißler und Gerhard Stoltenberg stellen die Leistung der Regierung dar. Auch Tips wie Geldsparen durch bleifrei fahren oder Hinweise zur Beantragung von

Erziehungsgeld und ein Preisausschreiben sind enthalten.

Im Rahmen unserer „Offensive '87“ ein informatives Verteilmittel, das möglichst viele Haushalte erreichen sollte. Bestellen Sie deshalb das neue „CDU extra“.

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestellnummer: 2739

Bestellung an:

**IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold**

**1 Exemplar
nur 6 Pfennig**

Wir lieben Kinder

Neue Broschüre zur erfolgreichen Familienpolitik

Wer Kinder hat, kennt das Gefühl, das nur sie vermitteln können. Liebe, Verantwortung, Stolz, Sinn des Lebens — es hat viele Namen. Es ist ein so überwältigendes Gefühl, das in unserer Gesellschaft durch viele Einflüsse leider allzuoft zu ersticken droht.

Die Bundesregierung hat damit begonnen, diese Barrieren abzubauen und rückt die Familien durch neue familienpolitische Gesetze vom Rand in das Zentrum der Politik.



WIR LIEBEN KINDER

Informationen zur neuen Familienpolitik

CDU
sicher
sozial
und frei

Seit 1. Januar 1986 in Kraft, sind diese Gesetze, die bisher größte Verbesserung für Familien seit Bestehen der Bundesrepublik. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle stellt diese Verbesserungen in einer sehr attraktiven und reich bebilderten Broschüre vor. Für jedermann leicht verständlich, gibt sie u. a. zu Fragen des Erziehungsgeldes, der Stiftung „Mutter und Kind“ oder der Verbesserung der Ausbildungsförderung die richtigen Antworten. Im Rahmen der Offensive '87 ein sehr informatives Verteilmittel, das möglichst viele Bürger erreichen sollte.

Verteilen z. B.: am Canvassing-Stand
 in Arztpraxen (Wartezimmer)

vor Einkaufszentren
 an einzelne Haushalte

Bestell-Nr.: 2727

Mindestabnahme: 50 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM

WER KINDER HAT, HAT ANSPRUCH AUF UNTERSTÜTZUNG



Die Familie ist heute mehr denn je ein Ort der Geborgenheit, die tägliche Erfahrung von Gemeinsamkeit und gegenseitiger Verantwortung. Sie ist ein Ort, der für Kinder die Weichen für das ganze Leben stellt, wenn sie in der Familie Zuwendung, Liebe und Nestwärme erfahren. Deshalb gilt der Familie besonderer Schutz und besondere Verantwortung.

Das Stichwort heißt familienlastenausgleich. Kinderfreibeträge und Kindergeld werden sich so ergänzen, daß besonders Familien mit geringem Einkommen ein besseres Auskommen haben. Dazu wird folgendes geregelt:

Fast 5 1/2 Milliarden DM stehen zur Verfügung. Und sie sind bestens angelegt. Weil Kinder unsere Zukunft sind. Und weil diese Zukunft heller und sonniger wird, wenn Kinderlachen sie erfüllt.



DER WEG ZUR NEUEN PARTNERSCHAFT IST GEBENET

Wenn sich ein junges Paar für ein Kind entscheidet, übernehmen sie beide Verantwortung und Pflichten. Ihre Partnerschaft bewährt sich nicht zuletzt darin, wie sie sich die Aufgaben der Kinderbetreuung und Kindererziehung teilen. Mit der gleichberechtigten Anerkennung der Vaterrolle hat jetzt jeder Mann, der zugunsten seines Kindes seinen Beruf aufgibt oder unterbricht, ebenso Anspruch auf Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub. Der Weg zu neuer Partnerschaft ist gebahnt – einer Partnerschaft, in der die Frau in ihrem Wunsch nach Kindern nicht alleingelassen ist und die vor allen Dingen sicherstellt, daß wenigstens ein Elternteil sich um das Baby voll und ganz kümmern kann.

Aufkleber „Wir lieben Kinder“

Der Aufkleber ist Teil der Kampagne „Wir lieben Kinder“. Wer ihn benutzt, drückt seine Verbundenheit mit der CDU-Familienpolitik aus.

Bestell-Nr.: 9731
 Mindestabnahme:
 100 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme: 12,— DM

Bestellen Sie die neue Broschüre und den Aufkleber beim

IS-Versandzentrum
 Postfach 1328
 4804 Vermold



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

So sieht
uns das Ausland:

»Jetzt ist Deutschlands Wirtschaft am Ball.«

(BUSINESS WEEK,
New York, 20. 1. 1986)

Les Echos

Le Quotidien de l'Economie

LES ECHOS, Paris, 8. 1. 1986:

„Alle Äpfel stehen in der Bundesrepublik Deutschland auf grün. Die deutsche Wirtschaft steht wieder auf gesunden Füßen, ...die Deutschen haben es verstanden, einen stark zunehmenden Aufschwung anzukurbeln.“



LIBERATION, Paris, 8. 1. 1986:

„Die kluge Haushaltspolitik der Regierung hat zur Beibehaltung eines geringen Zinsniveaus geführt. Dies alles, um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen.“

LE FIGARO

premier quotidien national français

LE FIGARO, Paris, 10. 1. 1986:

„Die wieder selbstbewußt gewordene deutsche Technologie macht Frankreich die Führungsrolle aus den siebziger Jahren streitig.“



BUSINESS WEEK, New York, 20. 1. 1986:

„Mit drei Prozent Wachstum und niedriger Geldentwertung bestimmt die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr das Tempo der Industrieländer... Anders als Japan setzt die Bundesrepublik Deutschland ihre exportinduzierte Belebung in binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwung um, der neue Exportmärkte für andere Länder schaffen wird... Das summiert sich zu mehr als einem schnelleren Aufschwung im vierten Jahr der wirtschaftlichen Belebung in der Bundesrepublik.“

Das will die SPD nicht wahrhaben. Seit 1982 verbreiten die Sozialdemokraten falsche Katastrophenmeldungen und betreiben Schwarzmalerei.

Arbeitnehmer – urteilt selbst. Hunderttausende neuer Arbeitsplätze, wachsendes Einkommen und stabile Preise, florierende Wirtschaft und solide Finanzen, zehn Milliarden Mark für die Familien, sichere Renten.

Die erfolgreiche Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl kommt allen Bürgern zugute.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

7/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.